



Brüssel, den 15. Januar 2016  
(OR. en)

5221/16

COPEN 6  
EUROJUST 1  
EJN 1

**VERMERK**

---

Absender:	Herr Anders Ahnlid, Botschafter, Ständige Vertretung Schwedens bei der Europäischen Union
vom	17. Dezember 2015
Empfänger:	Frau Christine Roger, Generaldirektorin, Rat der Europäischen Union
Betr.:	Rahmenbeschluss 2008/947/JI des Rates über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Urteile und Bewährungsentscheidungen im Hinblick auf die Überwachung von Bewährungsmaßnahmen und alternativen Sanktionen – Mitteilung Schwedens

---

Sehr geehrte Frau Generaldirektorin,

im Namen der schwedischen Regierung übersende ich hiermit die Mitteilung der nationalen Maßnahmen gemäß Artikel 25 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses 2008/947/JI vom 27. November 2008.

(Schlussformel)

gez. Anders Ahnlid

**Mitteilung der nationalen Maßnahmen zur Erfüllung der Verpflichtungen Schwedens in der Europäischen Union**

---

Gemäß Artikel 25 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses 2008/947/JI vom 27. November 2008 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Urteile und Bewährungsentscheidungen im Hinblick auf die Überwachung von Bewährungsmaßnahmen und alternativen Sanktionen teilen die Mitgliedstaaten dem Generalsekretariat des Rates und der Kommission den Wortlaut<sup>1</sup> der Bestimmungen mit, mit denen sie die sich aus diesem Rahmenbeschluss ergebenden Verpflichtungen in ihr innerstaatliches Recht umgesetzt haben.

Der Rahmenbeschluss ist in Schweden durch das Gesetz bzw. die Verordnung über die Anerkennung und die Durchsetzung von Sanktionen ohne Freiheitsentzug in der Europäischen Union und durch einige daraus resultierende Änderungen anderer Gesetze und Verordnungen umgesetzt worden (siehe Anlagen). Das neue Gesetz und die neue Verordnung sowie die entsprechenden Änderungen treten am 1. Januar 2016 in Kraft. Schweden hat somit den Rahmenbeschluss bereits in innerstaatliches Recht umgesetzt.

Die genannten Rechtsvorschriften werden der Kommission über die Umsetzungsdatenbank MNE übermittelt.

Schweden übermittelt außerdem gemäß dem Rahmenbeschluss die folgenden Mitteilungen und Erklärungen.

***Mitteilung gemäß Artikel 3 Absatz 1***

Gemäß Artikel 3 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses wird dem Generalsekretariat des Rates hiermit Folgendes mitgeteilt.

Der schwedische Dienst für Strafvollzug und Bewährungshilfe ist die zuständige Behörde nach dem Rahmenbeschluss, wenn Schweden entweder Anordnungsstaat oder Vollstreckungsstaat ist.

---

<sup>1</sup> Hinweis des Sekretariats: Dieser Text ist dem vorliegenden Dokument nicht beigelegt.

Strafvollzugsausschüsse und die ordentlichen Gerichte sind ebenfalls zuständige Behörden, wenn Schweden Anordnungsstaat ist und der Strafvollzugsausschuss oder das ordentliche Gericht in Artikel 17 genannte Folgeentscheidungen erlässt. Ein Strafvollzugsausschuss ist zudem dann die zuständige Behörde, wenn Schweden Anordnungsstaat ist und der Ausschuss Bewährungsentscheidungen im Sinne von Artikel 2 Absatz 5 fällt.

Die Kontaktdaten des schwedischen Dienstes für Strafvollzug und Bewährungshilfe lauten wie folgt:

Kriminalvården  
Huvudkontoret  
601 80 NORRKÖPING  
Schweden  
Telefon: + 46 77 228 08 00  
Fax: + 46 11 496 36 40  
E-Mail: [hk@kriminalvarden.se](mailto:hk@kriminalvarden.se)

***Mitteilung gemäß Artikel 4 Absatz 2***

Gemäß Artikel 4 Absatz 2 nimmt Schweden neben den in Artikel 4 Absatz 1 genannten keine Überwachung von Sanktionen oder Bewährungsmaßnahmen vor.

***Erklärung gemäß Artikel 5 Absatz 4***

Gemäß Artikel 5 Absatz 4 kann die zuständige Behörde Schwedens – der schwedische Dienst für Strafvollzug und Bewährungshilfe – in den in Artikel 5 Absatz 2 vorgesehenen Fällen der Übermittlung einer Sanktion ohne Freiheitsentzug an Schweden zustimmen, wenn die Wiedereingliederung der verurteilten Person in die Gesellschaft dadurch erleichtert wird, dass die Durchsetzung an Schweden übertragen wird und auch angemessen ist.

***Erklärung gemäß Artikel 14 Absatz 3***

Gemäß Artikel 14 Absatz 3 wird Schweden als Vollstreckungsstaat in keinem Fall die Zuständigkeit für derartige Folgeentscheidungen nach Absatz 1 Buchstaben b und c übernehmen.

***Erklärung gemäß Artikel 21***

Gemäß Artikel 21 des Rahmenbeschlusses wird die Bescheinigung auf Schwedisch ausgestellt oder ins Schwedische übersetzt. Schweden akzeptiert außerdem die Übersetzung der Bescheinigung in die dänische, norwegische oder englische Sprache.

---